



Die kulturpolitische Diskussion der letzten Jahre war geprägt durch die Rhetorik von Verlust und Rückzug: sinkende Besucherzahlen bei erweitertem Angebot, Schrumpfung der Bevölkerung, Rückbau der kulturellen Infrastruktur. Diese Stichworte zeigen an, dass die Logik des Steigerungsspiels in der Kulturpolitik nicht mehr selbstverständlich ist. Selbst Begriffe wie Grundversorgung oder Daseinsvorsorge signalisieren nicht gerade jene Selbstgewissheit und den Zukunftsoptimismus, wie sie für die »utopische Phase« der Neuen Kulturpolitik kennzeichnend waren. Offenbar steht Kulturpolitik unter einem verstärkten Begründungszwang. Ihr Anliegen ist nicht mehr selbstverständlich. Der normative Konsens ist brüchig geworden und die Argumente von damals haben an Überzeugungskraft verloren, weil ihre gesellschaftspolitischen Grundlagen nicht mehr erinnert werden.

Die freiwillige Leistung Kultur soll als *Pflicht* anerkannt werden und deren Förderung Verfassungsrang bekommen, damit ihre öffentliche Finanzierung – vor allem durch die Kommunen – nicht noch stärker Schaden nimmt. Dieter Rossmeyl, Kulturreferent der Stadt Erlangen und jetzt auch Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft, weist darauf mit allem Nachdruck hin und stellt beinahe trotzig fest: »Der Staatsauftrag zur Förderung von Kultur ist auch ein Finanzierungsauftrag.« In bester Tradition der Argumentation des Deutschen Städtetages, dessen Kulturausschuss er ebenfalls angehört, weist er darauf hin, dass die Kultur im Kontext der Stadtpolitik ein »Kernbereich lokaler Demokratie« ist, weil die Kommunen in diesem Sektor noch gestalten und einen Politikauftrag eigenständig wahrnehmen können. Diesem Argument werde viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Andere stehen derzeit im Vordergrund: Kulturpolitik als Standort- und Identitätspolitik der Kommunen; ihr Beitrag zur Bildungspolitik und damit zur Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen, ihre Aufgabe im Kontext der Integrationspolitik, ihr Nutzen für die alternde Gesellschaft usw. Seit (nicht weil) Hilmar Hoffmann und Dieter Kramer den Hauptsinn und den Nebennutzen der Künste und der Kulturpolitik unterschieden haben, sind die sekundären Funktionen dieses Politikbereichs immer stärker in den Vordergrund gerückt. Offenbar reicht der Verweis auf die Kernaufgaben (Pflege des kulturellen Erbes und Förderung der Kunst/Künstler) nicht mehr aus, um die öffentlichen Kulturausgaben zu begründen. Was einmal als Ergänzung im Begründungszusammen-

hang der Kulturpolitik gedacht war – ihre Querschnittsfunktion – wird mehr und mehr zum zentralen Bestandteil ihrer *Legitimation*.

Hans Brinckmann will aus dieser Not eine Tugend machen und dem Rechtfertigungskonsens der Kulturpolitik eine breitere Basis verschaffen, indem er für eine instrumentelle Kulturpolitik plädiert, in der »nichtkulturelle Ziele ein akzeptierter und offensiv vertretener Aspekt« sind. Er sieht diese Notwendigkeit u.a. begründet durch ein verändertes Verhältnis von Staat und Gesellschaft respektive durch ein anderes Staatsverständnis, das der Gesellschaft die Übernahme von mehr *Verantwortung* abverlangt – nicht nur den Bürgern, sondern auch der Wirtschaft. Kulturförderung soll auf mehreren Schultern ruhen, sagt auch Holger Backhaus-Maul, der sich einem Thema widmet, das auch den Kulturkreis der deutschen Wirtschaft seit einiger Zeit beschäftigt: Corporate Cultural Responsibility. Dabei geht es um eine neue Rolle und ein neues Selbstverständnis der wirtschaftlichen Akteure in der Gesellschaft, die sich mehr und mehr auch für Kultur engagieren und darin ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Gestaltungs- und Betätigungsfeld sehen.

Ob die Unternehmen dadurch schon zu einer »gesellschaftspolitischen Avantgarde« avancieren, mag dahingestellt sein; immerhin haben sie noch die Möglichkeit künstlerisch Avantgardistisches zu fördern und einer »Kultur der Offenheit und der Lust am Neuen« das Wort zu reden, was den Kommunen häufig nicht mehr möglich ist. Eckart Pankoke, der die Diskussionen um die Neue Kulturpolitik nunmehr seit drei Jahrzehnten (organisations-)soziologisch begleitet und dem diese viele Impulse zu verdanken hat, hat sicherlich ein anderes Verständnis von Verantwortung und Engagement im Blick, wenn er die Kulturpolitische Gesellschaft als »Kultur-Bewegung zwischen Sammlung und Sendung« beschreibt und an die damaligen Hoffnungen des kulturpolitischen Aufbruchs erinnert. Seine Laudatio auf die Kulturpolitische Gesellschaft, der er jene »Institutionalisierung von Dauerreflexion« zutraut, die schon Helmut Schelsky von den Evangelischen Akademien erwartete, sollte nicht nur als Ausweis seiner Sympathie gedeutet werden, sondern auch als Auftrag, diesem Anspruch auch in Zukunft zu genügen, denn – mit diesem Appell endet sein Beitrag – »Sammlung ohne Sendung wird Ghetto, Sendung ohne Sammlung bleibt Boulevard.«

Norbert Sievers